

ihre Aufhebung verlangen, gegebenenfalls die Angelegenheit einem Untersuchungsorgan zwecks Strafverfolgung übergeben sowie bei Behinderung der Kontrolle und Nicht- oder Schlechterfüllung von Auflagen der ABI selbst Ordnungsstrafen verhängen.¹⁷⁶

3. *Zur Rolle und Situation der Funktionäre*

Die Funktionärsschicht, auf die die SED-Führung für ihre Machtausübung und -erhaltung angewiesen war, umfaßte etwa drei Prozent der ca. 12 Millionen erwachsenen Bürger in der DDR, also etwa 300.000 bis 400.000 Personen und damit nur eine Minderheit unter den 2,3 Millionen Mitgliedern der SED im Sommer 1989. Die gesamte Funktionärsschicht, einschließlich mehrerer hunderttausend Kleinfunktionäre ohne Einfluß, war erheblich größer, wie eine Übersicht über Funktionen, die Mitglieder der SED in der Partei selbst, in den beiden wichtigsten Massenorganisationen Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) und Freie Deutsche Jugend (FDJ) sowie in den Volksvertretungen aller Ebenen im Jahre 1986 innehatten, zeigt:

691.000 SED-Mitglieder waren Funktionäre in der SED.

590.000 SED-Mitglieder waren Funktionäre im FDGB.

185.000 SED-Mitglieder waren Funktionäre in der FDJ.

270.000 SED-Mitglieder waren Propagandisten im Parteilehrjahr, im FDJ-Studienjahr und in der FDGB-Schulung.

133.000 SED-Mitglieder waren Abgeordnete der Volksvertretungen aller Ebenen.¹⁷⁷

Somit waren nur in den in dieser Übersicht aufgeführten Bereichen fast 1,9 Millionen Funktionen in der SED, den beiden wichtigsten Massenorganisationen und in den Volksvertretungen mit SED-Mitgliedern besetzt. Dabei sind der Staats- und Wirtschaftsapparat, die Sicherheitsorgane, die vormilitärische „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST), die Parteimiliz der SED („Kampfgruppen der Arbeiterklasse“) und weitere Massenorganisationen nicht berücksichtigt. Da viele Funktionäre mehrere Funktionen gleichzeitig ausübten, also „Multifunktionäre“ waren, lag die Gesamtzahl der Funktionäre in der SED-Mitgliedschaft bei ca. 1,2 Millionen Personen. „Systemträger“ im eigentlichen Sinne des Wortes waren vor allem die meisten der 44.000

¹⁷⁶ Beschluß (Anm. 161), Ziff. 24

¹⁷⁷ Erfolgreicher Weg der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Zahlen und Fakten (Informationsmaterial zum XI. Parteitag der SED), Berlin (Ost) 1986, S. 133

hauptamtlichen SED-Funktionäre (1989)¹⁷⁸, ein Teil der über 88.000 Parteisekretäre (1987)¹⁷⁹, der über 21.000 Mitglieder und Kandidaten der Bezirks- und Kreisleitungen (1986)¹⁸⁰ und der etwa 150.000 Funktionäre in Massen- und gesellschaftlichen Organisationen. Zur systemtragenden Funktionärsschicht zu rechnen sind außerdem die Angehörigen des Militär- und Sicherheitsbereichs, die als Funktionäre zu betrachten sind und nahezu ausnahmslos der SED angehörten: mindestens etwa 50.000 der etwa 85.000 hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter¹⁸¹, ca. 40.000 Offiziere von NVA und Volkspolizei¹⁸² und etwa 150.000 Funktionäre in der Verwaltung und in der Staatswirtschaft.

Die für den Bestand der SED-Diktatur wichtige Funktionärsschicht konnte bis zum Untergang dieses Regimes auch mit den Begriffen „Parteiaktiv“ und „Nomenklatur-Kader“ beschrieben werden. Das „Parteiaktiv“ als Kern von etwa 250.000 besonders einsatzbereiten und zuverlässigen Funktionären ist noch unter Ulbricht in den fünfziger Jahren geschaffen worden und diente der SED-Führung bei bestimmten politischen Anlässen und in Krisensituationen als politische „Eingreiftruppe“.¹⁸³ Die Bedeutung des „Parteiaktivs“ ist nach übereinstimmenden Angaben von Zeitzeugen allerdings in den letzten Jahren des SED-Regimes geringer geworden; es war dann nur noch eine in ihrer Zusammensetzung unterschiedliche Gruppe von Multiplikatoren zur propagandistischen Umsetzung der aktuellen Parteilinie. Die Nomenklaturkader, die zum Teil auch dem „Parteiaktiv“ angehörten, waren jene Funktionäre in der Partei, in den Massenorganisationen, in Verwaltung, Wirtschaftsunternehmen und Sicherheitsorganen, die die Parteizentrale und – soweit es um Funktionäre mittlerer und unterer Ränge ging – regionale Parteileitungen für die Besetzung wichtiger Funktionen als geeignet angesehen hatten. Diese Positionen waren in sehr differenzierten und geheimgehaltenen Verzeichnissen der Parteileitungen, der Staatsorgane, der Massenorganisationen und anderer Institutionen,

178 Gregor Gysi auf der Klausurtagung des PDS-Vorstandes am 12./13. Mai 1990, in: Neues Deutschland, 16.5.1990; Angaben auf der PDS-Vorstandstagung am 21.7.1990, in: Neues Deutschland, 23.7.1990.

179 Parteisekretäre von 59.531 Grundorganisationen und von 29.018 Abteilungsparteiorganisationen in der SED im Jahre 1987; Angaben in: Die Reihen der SED qualitativ weiter gestärkt (Bericht des Politbüros über die Mitgliederbewegung in der SED 1987), Neues Deutschland, 6.1.1988.

180 Den im Januar 1986 gewählten Kreis-, Stadt- und Stadtbezirksleitungen der SED gehörten 19.578 Mitglieder an; Neues Deutschland, 22.1.1986

181 Karl Wilhelm Fricke: MfS intern (Anm. 149), S. 21.

182 Etwa 15 Prozent der Gesamtstärke der NVA und der Volkspolizei, berechnet nach: Thomas M. Forster: Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, 6. Aufl., Köln 1983, S. 136 ff.; DDR Handbuch (Anm. 59), S. 275.

183 Auf der 16. Plenartagung des ZK der SED am 17. September 1953 wurde die Bildung eines Parteiaktivs von 150.000 bis 200.000 Mitgliedern beschlossen (vgl. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands, 11. Aufl., Bonn 1969, S. 459 f.). In den letzten Jahren des SED-Regimes zählte das Parteiaktiv in jedem der 14 DDR-Bezirke und Ost-Berlin durchschnittlich um etwa 20.000 Mitglieder.

den Nomenklaturen bzw. Nomenklaturlisten, aufgeführt.¹⁸⁴ Dem vom Nomenklatursystem erfaßten Personenkreis dürften einige hunderttausend Fach- und Führungskräfte – „Kader“ in kommunistischer Terminologie – angehört haben. Offizielle Angaben über die Entsendung von Nomenklaturkadern zu Weiterbildungslehrgängen an Parteischulen in den siebziger und achtziger Jahren vermitteln eine ungefähre Vorstellung über die Zahl der Nomenklaturkader. Von 1971 bis 1980 nahmen 339.000, von 1981 bis 1986 320.000 Nomenklaturkader an solchen Lehrgängen teil.¹⁸⁵

Bei 2,3 Millionen Parteimitgliedern gegen Ende der achtziger Jahre konnte für die SED-Führung die Parteizugehörigkeit allein nicht ausreichendes Loyalitätskriterium sein. Mit Hilfe des mit dem zentralen Parteiapparat und nicht zuletzt mit dem MfS eng verbundenen Kaderapparats und des Nomenklatursystems versuchte sie, aus dem Millionenheer der Parteimitglieder und teilweise auch aus Parteilosen und Mitgliedern der nichtkommunistischen Blockparteien die für die Stabilität ihres Regimes benötigten zuverlässigen Systemträger auszuwählen, sich ein hierarchisch strukturiertes Kadersystem zu schaffen.

Nur ausnahmsweise wurden die Regeln für den Aufstieg in die Funktionärschicht und für die Karriere der Kader in der DDR veröffentlicht. Eine solche Ausnahme bildete der Beschluß des ZK-Sekretariats über die Arbeit mit den Kadern vom 7.6.1977, in dem die Pflichten der Kader allgemein und, wenn man sie denn ernst nehmen wollte, eigentlich unerfüllbar formuliert waren (vergleichbar mit den Pflichtenkatalogen in Programm und Statut der SED).¹⁸⁶ Die zusammenfassende Wiedergabe der die ganze Person erfassenden nahezu grenzenlosen Ansprüche in diesem Kaderbeschluß an die „leitenden Kader“ (darunter fielen in der Theorie auch z. B. Sachbearbeiter, Betriebsmeister und ehrenamtlich tätige Parteifunktionäre) zeigt, daß die Kaderpolitik der SED ihr Ziel, eine wirklich fähige, einsatzbereite und in Krisensituationen belastbare Kadertruppe zu schaffen, so nicht erreichen konnte:

- „Unbedingte Treue zur Arbeiterklasse“, zur SED und zum Marxismus-Leninismus, ständiges Bemühen um das Erfassen des Marxismus-Leninismus und der Parteibeschlüsse, Einsatz für die Verwirklichung der

184 Einzelheiten siehe bei Glaeßner (Anm. 111), S. 239 ff.; Manfred Uschner (Anm. 127), S. 98 ff.

Mit der „Ordnung zur Arbeit mit der Kadernomenklatur der Kreisleitung Greifswald“ vom 4.8.1989 und der dazugehörenden Kadernomenklatur dieser Kreisleitung wurden 1990 erstmals detaillierte Dokumente über das Nomenklatursystem auf regionaler Ebene veröffentlicht. Vgl. Untersuchungsausschuß der Stadt Greifswald, Arbeitsgruppe Staatssicherheit: Abschlußbericht der Arbeitsgruppe Staatssicherheit des Untersuchungsausschusses der Stadt Greifswald; Greifswald, Februar 1990, S. 119 ff., 124 ff.

185 Anneliese Bräuer/Horst Conrad: Kaderpolitik der SED – fester Bestandteil der Leitungstätigkeit (Reihe „Der Parteiarbeiter“), Berlin (Ost) 1981, S. 40; Bericht des Politbüros an die 3. Plenartagung des ZK der SED (20./21.11.1986), in: Neues Deutschland, 21.11.1986.

186 Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees über die Arbeit mit den Kadern vom 7. Juni 1977 (Anm. 131)

- Parteibeschlüsse, Propagierung des Marxismus-Leninismus; kompromißloser Kampf gegen alle Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie;
- unbedingte Loyalität sowohl gegenüber der DDR als auch gegenüber der KPdSU, der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft sowie zum „proletarischen Internationalismus“;
 - konsequente Erfüllung der „Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, das heißt Umsetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED; Förderung der sozialistischen ökonomischen Integration, selbstlose Einsatzbereitschaft, aktive Beteiligung an Agitation und Propaganda;
 - Parteilichkeit (das heißt Beurteilung jeder Angelegenheit vom Standpunkt der SED aus), Sachkenntnis, Disziplin, schöpferische Initiative, Bescheidenheit und vorbildliche Haltung in der Arbeit und im Privatleben, menschliche Reife, Kampf gegen die Verletzungen gesellschaftlicher Pflichten, gegen Subjektivismus und Schönfärberei, Entfaltung von Kritik und Selbstkritik; hohe politische und fachliche Kenntnisse, Führungsqualität (enge Verbindung zum Kollektiv, richtiges Verhältnis von kollektiver Leitung und persönlicher Verantwortung, Entwicklung der Fähigkeiten der unterstellten Mitarbeiter und ihre Einbeziehung in Leitung und Planung, Beachtung ihrer Hinweise und Vorschläge), Beherrschung der modernen Leitungsmethoden;
 - Wahrung von Partei- und Staatsgeheimnissen, strikte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit, der Ordnung und Sicherheit.¹⁸⁷

Neben der politischen und ideologischen Zuverlässigkeit spielte die fachliche Qualifikation eine, in verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte allerdings unterschiedliche, Rolle. Die Karriere der Funktionäre hing in der Praxis auch von anderen, schriftlich nicht oder nur in Geheimdokumenten fixierten Kriterien ab: familiärer Hintergrund (ein Teil des Funktionärscorps, vor allem im Militär- und Sicherheitsapparat, regenerierte sich „aus sich selbst heraus“, das heißt Ehegatten, Kinder und Enkel wurden in den jeweiligen Apparat nachgezogen), keine Westverwandtschaft oder wenigstens Verzicht auf private Westkontakte, ständige Leistungs- und Loyalitätsnachweise (als Loyalitätsbeweis wurde oft, aber nicht zwingend, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem MfS erwartet), positive Beurteilung durch das MfS und oft auch persönliche Beziehungen. Es ist anzunehmen, daß die meisten SED-Mitglieder und viele der unteren Funktionäre über die Praktiken der Kaderpolitik der SED, das Nomenklatorsystem und ihren eigenen Platz in diesem System sowie über den ihnen vom Kaderapparat vorgezeichneten Entwicklungsweg nicht oder nur wenig informiert waren.

Die personelle Überbesetzung des Herrschaftsapparats der SED, die aufgeblähte Kaderbürokratie mit ihren schwerfälligen und undurchschaubaren Personalentscheidungen und vielen Hemmnissen für den Aufstieg befähigter Funktionäre gehörte zu den wesentlichen Schwächen des SED-Regimes. Diese Schwäche war auch nicht dadurch auszugleichen, daß hohe Funktionäre, sofern sie über einige Zivilcourage und Geschick verfügten, sich ihren Mitarbeiterstab nach ihren Bedürfnissen zusammenstellen und das starre Nomenklatursystem mehr oder weniger unterlaufen konnten, wie dies der PDS-Bundestagsabgeordnete Dietmar Keller, stellvertretender Kulturminister der DDR von 1984 bis 1989, am 22.1.1993 vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ berichtete.¹⁸⁸ Außer Generalsekretär Honecker konnten jedoch nur sehr wenige Spitzenfunktionäre durch Einzelentscheidung, die lediglich formal durch ein Parteigremium zu bestätigen war, einen anderen hohen Funktionär absetzen (so z. B. geschehen mit dem Ost-Berliner Parteichef Konrad Naumann und mit ZK-Sekretär Herbert Häber Ende 1985 auf Veranlassung Honeckers¹⁸⁹).

Die Funktionärshierarchie in der SED wurde durch zahlreiche Regeln, Strukturen und Maßnahmen gestaltet und aufrechterhalten. Die in der Öffentlichkeit nach dem Sturz des SED-Regimes viel diskutierten und zuweilen überbewerteten Privilegien waren als solche nur unter den Bedingungen der in der DDR herrschenden Mangelversorgung zu verstehen. Unter diesen Bedingungen waren sie jedoch sehr wirksam, vor allem dann, wenn der Nutznießer solcher Privilegien im Falle der Insubordination mit ihrem Verlust und dem Abstieg in die „herrschende Klasse“ – die „Arbeiterklasse“ – zu rechnen hatte.

Solche viele Funktionäre an die SED und ihre Führung bindenden Privilegien waren u. a. Vergünstigungen bei der Wohnraumversorgung und der Zuteilung von knappen hochwertigen Konsumgütern (insbesondere Pkw), Zugang zu für DDR-Verhältnisse luxuriösen Urlaubseinrichtungen, bessere medizinische Versorgung, teilweise erheblich überdurchschnittliche Entlohnung, verbesserte berufliche Karrierechancen, Vorteile bei der Zulassung der Kinder zu höheren Bildungseinrichtungen (Erweiterte Oberschule mit Abitur) und zum Hochschulstudium, auch ein gewisser Schutz vor Zugriff oder direkter Belästigung durch das MfS (allerdings nicht vor Überwachung durch das MfS, wie inzwischen aus zahlreichen MfS-Akten ersichtlich ist).

Für die meisten Funktionäre konnten die in der Regel bescheidenen Privilegien die physischen und psychischen Belastungen durch die Funktionärsarbeit, oft durch Ausübung mehrerer Ämter in einer Person, nicht ausgleichen:

188 Keller (Anm. 41); vgl. dazu auch Erhard Crome: Die SED. Umriss eines Forschungsproblems, in: Deutschland Archiv, Nr. 12/1992, S. 1288 ff. (1293 f.)

189 Formal beschlossen auf der 11. Plenartagung des ZK der SED am 22.11.1985, vgl. Neues Deutschland, 23./24.11.1985

erheblicher Verlust an Freizeit, auch für Funktionäre der untersten Ebenen, durch die Mitgliederversammlungen der SED, das Parteilehrjahr, Schulungen, Instruktionen, Leitungssitzungen in der SED und in den Massenorganisationen usw. Damit konnte auch die Isolierung unter Kollegen an der Arbeitsstelle und in der Freizeit verbunden sein. Belastend wirkte vor allem das Verbot von Westkontakten, das ebenfalls für die Familie galt und selbst dann noch zu beachten war, als ab Mitte der achtziger Jahre in der DDR die Westreisebestimmungen allgemein gelockert wurden. Das Verbot von Westkontakten versperrte den Funktionären außerdem weitgehend den Zugang zu den begehrten Westdevisen und benachteiligte sie damit spürbar gegenüber der übrigen Bevölkerung. Da die SED-Führung der Masse ihrer Funktionäre schon aus ökonomischen Gründen keine wirklich zufriedenstellenden Privilegien bieten konnte, wurde versucht, durch prestigefördernde und für die Partei kostengünstige Belohnungen einen Ausgleich zu schaffen, insbesondere durch die in der DDR reichlich verteilten Orden, Ehrenzeichen und Ehrentitel und generell durch die Vorspiegelung der Illusion, auch der kleine Funktionär gehöre zu der in der DDR herrschenden Elite.

Auf der anderen Seite führten die echten oder scheinbaren Privilegien in ein oft recht dauerhaftes Abhängigkeitsverhältnis zum Partei- und insbesondere zum Kaderapparat. Wer durch Eigeninitiative oder Widerspruch unangenehm auffiel und deshalb gemaßregelt wurde, insbesondere durch Parteiausschluß, mußte außer mit dem Verlust von Funktionärsprivilegien auch mit dem Verlust der beruflichen Existenz (das konnte ebenfalls den Ehepartner treffen) und finanziellen Einbußen, Verlust einer eventuell überdurchschnittlich komfortablen Wohnung und Zerstörung der Ausbildungschancen der Kinder rechnen.¹⁹⁰

Durch die Verpflichtung auf die bereits erwähnten Kataloge unerfüllbarer Anforderungen insbesondere in Parteiprogramm und -statut verstand es die Parteiführung, die Mitglieder und Funktionäre in ständige Unsicherheit, in ein Abhängigkeits- und Schuldverhältnis gegenüber der Parteizentrale zu versetzen. Jedem noch so eifrigen SED-Mitglied hätte man Verstöße bereits gegen einen einzigen der 11 Abschnitte des Pflichtenkatalogs im Parteistatut vorwerfen können, z. B. gegen das Gebot,

„aktiv die Parteibeschlüsse zu verwirklichen, unablässig die Deutsche Demokratische Republik allseitig zu stärken, für ein hohes Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion, die Erhöhung der Effektivität, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und das Wachstum der Arbeitsproduktivität zu wirken; eine vorbildliche sozialistische Einstellung zur Arbeit zu beweisen, Bahnbrecher des Neuen zu sein, bei der Verbreitung der fortschrittlichen Erfahrungen in der Produktion an der Spitze zu stehen, den

anderen Arbeitskollegen Achtung und Aufmerksamkeit entgegenzubringen und vorbildlich die gesellschaftlichen Pflichten zu erfüllen; ...“¹⁹¹

Jedes Parteimitglied, das vorsätzlich oder fahrlässig den Unwillen höherer Parteinstanzen erregte, konnte unter Berufung auf diese Pflichtenkataloge mit einer Disziplinarmaßnahme bestraft und im schlimmsten Fall beruflich ruiniert werden.

Ein in regelmäßigen Abständen angewandtes Mittel, die Mitglieder und Funktionäre immer wieder zu verunsichern und zu disziplinieren, waren die Mitgliederüberprüfungen, die zuletzt 1980 und 1985 stattfanden und zwischen September und Dezember 1989 erneut vorgenommen werden sollten, was dann freilich im Chaos des Untergangs der SED steckenblieb. Zwar hatten diese Überprüfungen nicht mehr, wie 1951, eine großangelegte Parteisäuberung zur Folge, bedeuteten aber für die Mitglieder und die Masse der Funktionäre die Überprüfung ihrer ideologischen Standfestigkeit und Parteitreu durch sogenannte „vertrauensvolle persönliche Gespräche“, verbunden mit moralischem Druck zur Übernahme von „Parteiaufträgen“, zur Abgabe von „Selbstverpflichtungen“ usw. Kaum jemand in der SED konnte sicher sein, ob die Mitgliederüberprüfung für ihn nicht nachteilige Folgen haben würde.

Ob das System von politischem und moralischem Druck auf die Parteimitglieder über das SED-Statut, andere Anweisungen der Parteizentrale, Mitgliederüberprüfungen, die ständigen Wettbewerbskampagnen in der Partei usw. Teil eines umfassenden und systematisch entwickelten Konzepts zur Lenkung und Disziplinierung des Parteivolks war, ist von der Forschung noch zu klären. Bisher gibt es keine Hinweise, daß die Parteiführung oder Teile des Parteiapparats Überlegungen zur Kosten-Nutzen-Relation des Aufwands für Parteiwahlen, Mitgliederüberprüfungen usw. angestellt hätten. Dieser Aufwand war personell und wohl auch finanziell enorm. So waren bei der Mitgliederkontrolle im Jahre 1980 etwa 300.000 meist ehrenamtliche Funktionäre zur Durchführung der „vertrauensvollen Gespräche“ mit den damals etwa 2,1 Millionen Mitgliedern und Kandidaten der SED eingesetzt. Jeder Parteigruppenorganisator (Leiter einer Parteigruppe, der kleinsten Organisationseinheit in der SED) mußte damals 15, jeder Sekretär einer Grundorganisation oder Abteilungsparteiorganisation 50 bis 100 solcher Gespräche führen. In einem Großbetrieb wie den Leuna-Werken fanden damals täglich über 200 solcher Überprüfungsgespräche statt.¹⁹²

Die innerparteiliche Informationspolitik war ein weiteres Instrument der Parteiführung zur Gestaltung und Erhaltung der Funktionärshierarchie. Dazu

191 Statut, Ziff. 2 b

192 Neues Deutschland, 1./2.3.1980

gehörte ein aufwendiges Berichtswesen von unten nach oben (Parteiinformation), das allerdings oft in der Ablieferung schöngefärbter Falschinformationen bestand, weil die Berichterstatter, wenn sie zu viele Fehler und Schwachstellen meldeten, mit Nachteilen für sich selbst rechneten. Auf der anderen Seite gab es von oben nach unten ein nach Rangstufen sorgfältig differenziertes Informationssystem für die Funktionäre durch Beratungen mit übergeordneten Leitungen durch Ausgabe interner Informationsmaterialien (z. B. die ohne Herausgeber- und Verfasserangaben verbreiteten „Informationen“ mit in den DDR-Medien nicht veröffentlichten Texten über Reisefreiheit, Lebensstandard, Parteistrafen u. a.). Im Parteilehrjahr, einem Massenschulungsbetrieb mit jährlich 1,6 Millionen Teilnehmern und über 100.000 Schulungsleitern („Propagandisten“), führte man in Berlin und in den Bezirkshauptstädten die Veranstaltungsreihe „Vorträge und Seminare für leitende Kader und Parteisekretäre“ durch, zu der Mitte der achtziger Jahre etwa 50.000 Parteifunktionäre zugelassen wurden¹⁹³, denen die Zentrale so Exklusivinformationen – oder was sie dafür hielt – einschließlich vertraulich zu behandelnder Hinweise vermittelte.

4. *Neuere Literatur und Forschungen*

An dieser Stelle sind lediglich einige Hinweise auf nach 1990 publizierte Literatur zum Gegenstand des Berichts – die Machthierarchie der SED im letzten Jahrzehnt der DDR-Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Partei – möglich. Auf Zeitschriftenveröffentlichungen wird nur in Ausnahmefällen eingegangen. Die umfangreiche Literatur über das MfS, das in der Machthierarchie der SED eine besondere Rolle spielte, im Bericht aber nur am Rande behandelt wird, kann hier ebenfalls nicht erörtert werden. Nicht berücksichtigt sind hier auch Expertisen, Berichte und Sitzungsprotokolle der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“.

Vorab ist festzustellen, daß auch in der Mitte des Jahres 1994 relativ wenige Ergebnisse der Erforschung von Strukturen, Informations- und Befehlswegen, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten, des Nomenklatur-Systems und ähnlicher Bereiche in der SED an die Öffentlichkeit gelangt sind. Es zeigt sich, daß die prinzipielle Zugänglichkeit der bis 1989/90 verschlossenen Archive in der DDR der freien Forschung keineswegs sofort alle Möglichkeiten eröffnet hat. Die Erschließung der Bestände nimmt Zeit in Anspruch, die zahlreichen Interessenten müssen Wartezeiten in Kauf nehmen. Die bessere Erschließung und weniger gezielte Vernichtung bei Archivbeständen aus früheren Phasen

193 Erfolgreicher Weg... (Anm. 177), S. 135